



Linke Perspektiven auf die hessische Asylpolitik

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Die europäische Asylpolitik – eine Bankrotterklärung an die Menschenrechte

Was bedeutet eigentlich „Grundrecht auf Asyl“?

Das Grundrecht auf Asyl wurde in Artikel 16 im Jahre 1949 in unser Grundgesetz aufgenommen, um Menschen vor Krieg und Verfolgung zu schützen. Der Artikel wurde auch als Mahnung und Erinnerung an die Millionen Menschen, die wegen der Gewaltherrschaft des Naziregimes in die ganze Welt flüchten mussten, beschlossen.

Doch bereits 1993 wurde das Recht auf Asyl von der schwarz-gelben Regierung eingeschränkt. Viele weitere Gesetzesverschärfungen, wie zuletzt das „Migrationspaket“, das 2019 verabschiedet wurde, folgten. Damit wurde nicht nur das Asylrecht immer weiter ausgehöhlt, sondern auch die sozialen Rechte von Asylsuchenden weiter untergraben. DIE LINKE will das Grundrecht auf Asyl verwirklichen und tritt für Freizügigkeit ein, also die freie Entscheidung, wo man in dieser Welt leben will.



help
us
open the
Borders



Warum fliehen Menschen überhaupt?

Die Zahl der Menschen, die fliehen müssen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2021 waren fast 90 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Armut, Hunger, Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, den Folgen des Klimawandels oder vor politischer, ethnischer oder religiöser Verfolgung. Die meisten von ihnen sind sogenannte „Binnenvertriebene“ oder fliehen in Nachbarländer, die häufig mit der Aufnahme der Flüchtenden überfordert sind. Die wenigsten schaffen es nach Europa.

Industrieländer, sowie Deutschland sind für viele der Fluchtgründe mitverantwortlich: Die Konzerne reicher Länder kaufen armen Bauern ihre Felder ab, um dort riesige Monokulturen zu schaffen, weil das Konsumverhalten – vor allem im Globalen Norden – das Klima weiter aufheizt, wodurch es weltweit zu Umweltkatastrophen kommt. Und vor allem: Weil Deutschland Waffen in die ganze Welt verkauft und Kriege auch noch befeuert, statt für Ausgleich und Frieden einzutreten.

Europa schottet sich ab

Fast fünfzigtausend Menschen haben seit 1993 auf der Flucht nach Europa ihr Leben verloren und die Europäische Union schottet sich weiter ab. Die Grenzschutzagentur Frontex, die sich nachweislich an illegalen pushbacks beteiligt, wurde jüngst zur größten EU-Behörde aufgebläht und soll demnächst über eine eigene Grenzarmee verfügen. Die Ausbildung der sogenannten libyschen Küstenwache, die Flüchtende auf dem Mittelmeer abfängt und in die Folterlager von Tripoli zurückdrängt, wird ebenfalls aus unseren Steuergeldern finanziert. An den Grenzzäunen entlang der spanischen Enklave Melilla kam es jüngst zu einem Massaker – unsere Grenzen töten. Um die Abschottungsmechanismen der Europäischen Union zu umgehen, begeben sich Menschen auf der Flucht auf immer gefährlichere Routen – etwa von Westafrika auf die Kanaren oder quer durch die Sahara. In der EU angekommen erwarten die Menschen oft Elendslager wie auf den griechischen Inseln oder entlang der Balkanroute.

Wir brauchen dringend eine Umkehr in der europäischen Asylpolitik: sichere Fluchtwege, menschenwürdige Aufnahmebedingungen, faire Verfahren und ein solidarisches Miteinander der europäischen Mitgliedstaaten.

Deals mit autokratischen Regimen müssen aufgekündigt werden, das Konzept der „Sicheren Herkunftsstaaten“, welches lediglich der weiteren Entrechtung dient, gehört genauso abgeschafft wie Frontex und das sogenannte Dublin-System, das Menschen dazu zwingt, in dem europäischen Erstaufnahmeland ihren Antrag auf Asyl zu stellen. Solange es Fluchtursachen gibt, werden sich Menschen in großer Zahl auf gefährliche Fluchtwege begeben, um den Zuständen in ihrem Heimatland zu entfliehen und für sich und ihre Familie eine angstfreie Zukunft zu ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE: Offene Grenzen für Menschen in Not!





Das hessische Lagersystem – Teil der Abschreckungskette

Auch Hessen reiht sich in das Abschottungsregime ein, das Lands ist bundesweites Schlusslicht bei der dezentralen Unterbringung von Asylsuchenden. Die Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen hat sich in den letzten Jahren dank einer restriktiven Gesetzesauslegung verdoppelt. Auch bei der medizinischen Versorgung sowie Beschulung von Kindern fallen die hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen hinter europarechtlich garantierte Standards zurück. Offensichtlich sollen auch die Lebensbedingungen hier Menschen davon abbringen, zu uns zu kommen.

In einem der reichsten Bundesländer fehlt es angeblich an Geld für angemessene Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden. Stattdessen werden über 30 Millionen Euro jährlich in die Abschiebemaschinerie gesteckt. Hessen leistet sich das drittgrößte Abschiebegefängnis der Bundesrepublik, Familien werden auseinandergerissen, Menschen in Privatjets gegen ihren Willen ausgeflogen, „freiwillige Ausreisen“ forciert. Durch Arbeitsverbote und eine restriktive Behördenpraxis werden Schutzsuchende in die Illegalität gezwungen und sich selbst überlassen. Dabei ginge es auch anders: gäbe es Bleibeperspektiven sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Integrationsangebote, könnten diese Menschen Hessen bereichern.

DIE LINKE fordert deswegen ein Umdenken in der hessischen Asylpolitik – diese 10 konkreten Maßnahmen könnten ein Anfang hierfür sein.

10 Punkte für eine menschenwürdige Asyl- und Fluchtpolitik in Hessen

1. Erstaufnahmeeinrichtungen gehören abgeschafft. Schutzsuchende müssen in Wohnungen und kleinen Unterkünften untergebracht werden. Solange Erstaufnahmeeinrichtungen noch bestehen, muss der Aufenthalt darin möglichst kurzgehalten und eine vollumfängliche Versorgung sichergestellt werden.
2. Es braucht eine flächendeckende und bedarfsgerecht ausgestattete unabhängige Rechts- und Verfahrensberatung unter Einbezug einer kostenfreien Sprachmittlung. Nur, wer seine Rechte kennt, kann diese durchsetzen!
3. Frauen, Familien, Traumatisierte, LGBTQI+ und andere vulnerable Schutzsuchende brauchen einen besonderen und selbstbestimmten Schutz, geeignete Unterbringung, spezielle Betreuung und ergänzende psychosoziale Versorgung. Geschlechtsspezifische Verfolgung muss ausnahmslos als Fluchtgrund anerkannt werden. Der Familiennachzug darf nicht eingeschränkt werden. Die Verfahren müssen beschleunigt und bürokratische Hürden abgebaut werden.
4. Unbegleitete Minderjährige sollen auf eigenen Wunsch, aber unter Verantwortung des Jugendamtes, zu Verwandten/Bekanntem umverteilt werden.
5. Die psychosoziale Versorgung Schutzsuchender muss durch ausreichend Zentren und genügend Fachkräfte sichergestellt und nachhaltig finanziert werden.

6. Familiäre Bindungen müssen bei der Wahl des Wohnortes berücksichtigt werden. Residenzpflicht und Wohnsitzauflagen müssen abgeschafft werden.
7. Das Recht auf Schulbesuch muss von Anfang an und solange wie nötig bestehen. Sprachkurse müssen ab dem ersten Tag und unabhängig vom Aufenthaltsstatus allen zugänglich sein.
8. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss frühzeitig gestattet sein. Arbeitsverbote gehören abgeschafft. Vorhandene Qualifikationen müssen anerkannt werden und – wo nötig – genügend Nachqualifizierung angeboten werden.
9. Abschiebungen, vor allem in Kriegs- und Krisengebiete, sind unmenschlich. Abschiebehaft lehnen wir als unverhältnismäßige Maßnahme ab – die Einrichtung in Darmstadt muss geschlossen werden. Abschiebungen aus Kindertageseinrichtungen, Bildungsstätten und Krankenhäusern müssen beendet werden.
10. Hessen muss zu einem sicheren Hafen werden! Wir fordern Landesaufnahmeprogramme für besonders gefährdete Gruppen. Hessen kann und muss ein Zeichen gegen die Abschottungspolitik von Bund und EU setzen und Aufnahmekontingente für Menschen in Not schaffen.

Impressum

Linke Perspektiven auf die
hessische Asylpolitik

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel.: 0611-350 60 90

Fax: 0611-350 60 91

E-Mail: die-linke@ltg.hessen.de

Web: linksfraktion-hessen.de

Kontakt:

Saadet Sönmez, MdL

Sprecherin für Migrations und Integrationspolitik

Tel.: 0611/350-6053

E-Mail: s.soenmez@ltg.hessen.de

Alena Schütz

Referentin für Migrations- und Integrationspolitik

Tel.: 0611/350-6099

E-Mail: a.schuetz@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.

Elisabeth Kula und Jan Schalauske

Grafik, Satz und Layout: Lichtenberg Mediendesign

Redaktion: Tim Dreyer, Gina Renc, Alena Schütz,
Saadet Sönmez

Bildnachweis: Pixbay.com

Seite 4: [istockphoto.com/Roman Novitskii](https://istockphoto.com/Roman-Novitskii)

Wiesbaden, November 2022

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG



[linksfraktion.hessen](https://www.facebook.com/linksfraktion.hessen)



[linkeltghessen](https://twitter.com/linkeltghessen)



[linksfraktionhessen](https://www.instagram.com/linksfraktionhessen)